

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 pptn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Reinhard Klimmt MdL kommentiert den Ausgang der Kommunalwahlen in Brandenburg: Ein Signal gegen die Bonner Politik.

Seite 1

Hans-Eberhard Urbaniak MdB weist Bonner Pläne zurück, arbeitslose Jugendliche als Saisonarbeiter zu verpflichten: Blanker Zynismus oder Ausdruck totaler Ratlosigkeit?

Seite 2

Dr. Elke Leonhard MdB warnt vor Waffengeschäften mit asiatischen Ländern: Verzicht auf Rüstungsexporte auch ein Gebot der Vernunft.

Seite 3

Hans Büttner MdB fordert den Schutz der Sozialdaten: Unser Staatswesen ist auf das Vertrauen der Bürger angewiesen.

Seite 5

Dokumentation

Die Bildungspolitik der SPD haben sich in einer Resolution für die Beibehaltung des 13. Schuljahres ausgesprochen: "Keine überzeugenden Argumente für die Streichung". Wortlaut

Seite 6

48. Jahrgang / 232

6. Dezember 1993

Ein Signal gegen die Bonner Politik

Die Brandenburger trauen der Bundesregierung keine Problemlösung mehr zu

Von Reinhard Klimmt MdL
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Das Ergebnis der Kommunalwahlen im Land Brandenburg ist ein eindeutiges Signal gegen die Politik der Bundesregierung.

Der deutlich gewordene Vertrauensverlust für die CDU belegt, daß die Bevölkerung es der Bundesregierung offenbar nicht mehr zutraut, das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen und für soziale Gerechtigkeit bei der Bewältigung der deutschen Vereinigung zu sorgen.

Die deutlichen Zugewinne der SPD in Brandenburg sind auch ein Zeichen dafür, daß die personellen und programmatischen Angebote der Sozialdemokraten von den Wählerinnen und Wählern als Alternative anerkannt worden sind.

Problematisch ist die niedrige Wahlbeteiligung in Brandenburg. Aber es gibt keinen Grund zur Dramatisierung. Erfahrungsgemäß ist die Beteiligung an Kommunalwahlen stets niedriger als bei Landtags- oder Bundestagswahlen. Dennoch muß die Politik den Wählerschwund ernstnehmen und diesem Phänomen durch offenere Parteistrukturen und direktere Bürgerbeteiligung entgegenwirken.

(-/6. Dezember 1993/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 1204 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemalpaftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Blanker Zynismus oder Ausdruck totaler Ratlosigkeit?

Statt arbeitslosen Jugendlichen eine Berufsperspektive zu vermitteln, will Bonn junge Menschen als Saisonarbeiter verpflichten

Von Hans-Eberhard Urbanik MdB

Mitglied des Bundestage-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die Spargesetze der Bundesregierung führen auch bei jungen Leuten immer mehr zum sozialen Kahlschlag. Betriebe sehen sich außerstande ihre Auszubildenden zu übernehmen, ABM-Stellen werden gestrichen, Arbeitslosengeld beziehungsweise Arbeitslosenhilfe wird zeitlich begrenzt. Dabei nimmt die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat zu, ohne daß eine beschäftigungspolitische Initiative der Bundesregierung bekannt würde. Es ist schon schlimm genug, wenn ältere Arbeitnehmer ohne Verschulden in die Arbeitslosigkeit fallen, wenn aber junge Leute, die ihr Leben erst in den Griff kriegen müssen und sich durch ein Berufsleben eine vernünftige Zukunft aufbauen wollen, erst gar nicht die Chance dazu bekommen, da muß man sich über Frust oder Radikalisierung in dieser Altersgruppe nicht wundern.

Aber ganz so untätig wie man glauben mag, sind die Regierungsparteien doch nicht. Der CDU-Bundesvorstand hat ein Papier erstellt, wo es um neue Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik geht. Danach sollen junge Arbeitslose zu Saisonarbeiten zum Beispiel als Erntehelfer verpflichtet werden können. Damit soll unter anderem erreicht werden, daß die Zahl der Saisonarbeiter aus osteuropäischen Staaten (gegenwärtig 170.000 jährlich) verringert wird. Sollten sich Arbeitslose weigern Saisonarbeitsplätze zu übernehmen, sollen sie 12 Wochen lang kein Arbeitslosengeld erhalten und bei einer zweiten Weigerung ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren. Beziehen sie Sozialhilfe, so soll die gekürzt werden können.

Dieser abstruse Vorschlag ist entweder blanker Zynismus oder ein weiterer Beweis für die totale Hilf- und Ideenlosigkeit der Regierungsparteien auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik.

Nachdem es genug Autobahnen in unserem Lande gibt, hat der CDU-Bundesvorstand nun die alljährlich wiederkehrende Ernte entdeckt und nennt das "neue Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik". Wann begreifen die Regierungsparteien endlich, daß es nicht darauf ankommt jugendliche Arbeitslose von der Straße zu kriegen, sondern ihnen eine berufliche Perspektive für ihr Leben zu ermöglichen.

(-/6. Dezember 1993/rs/ks)

Verzicht auf Rüstungsexporte auch ein Gebot der Vernunft
Waffengeschäfte mit asiatischen Ländern würden langfristige handelspolitische Optionen blockieren

Von Dr. Elke Leonhard MdB
Mitglied des Wirtschafts-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Verspätet, aber dennoch mit der richtigen Fragestellung, legt die Bundesregierung mit vielen blumigen Worten ihre Konzeption für eine Asienpolitik vor. Weniger Superlative - aber dafür mehr Substanz - wäre der Sache angemessener gewesen. Es klingt phantastisch:

- der großchinesische Wirtschaftsraum nimmt in atemberaubendem Tempo seinen Aufschwung;
- Indien öffnet sich stärker der Weltwirtschaft;
- Vietnam und andere werden folgen;
- riesige Märkte für Konsumgüter entstehen;
- in Asien läuft schon heute einer der zugkräftigsten Motoren der Weltwirtschaft;
- die Entwicklung Asiens bietet unsrer Wirtschaft heute und für die Zukunft große Chancen.

Aber es gibt eine Wahrheit zwischen den Zeilen. Das Stockholmer Institut für Friedensforschung bilanziert im Jahre 1992 weltweit 30 Kriege, davon zehn in Asien. Die Bilanzen sind erschreckend:

- Afghanistan etwa eine Million Tote seit Kriegsbeginn,
- Bangladesch mindestens 2.000,
- im Inneren von Indien und zwischen Indien und Pakistan mindestens 30.000,
- Indonesien 16.000,
- Kambodscha mindestens 25.000,
- Philippinen etwa 25.000,
- Sri Lanka 24.000 Tote
- und nicht zählbare Kriegstote in Laos und Birma.

Fazit: In dieser Region liegen Wirtschaftsboom und Bürgerkrieg dicht beieinander.

Von den 34 Ländern der Länderliste H - also der Liste der sensitiven Länder mit eigenen Massenvernichtungsprogrammen oder den Umschlagplätzen des Waffenhandels - liegen zehn im Bereich der Asienkonzeption der Bundesregierung. Summa summarum: Die Bundesregierung legt eine Konzeption vor, wo gute Geschäfte zu machen sind. Diesem Teil stimme ich ausdrücklich zu. Es bleibt die berechtigte Frage: Wo ist die Konzeption, wie diese Regionen zu befrieden sind?

Es liegt mir fern, einen Vergleich mit dem Nahen Osten zu wagen, der auch einmal Hoffnungsträger für das wirtschaftliche heureka war. Die Beispiele Iran und Irak - erst dieses, dann jenes - lehren, daß wirtschaftliche Optionen mit außenpolitischen Möglichkeiten und dem außenwirtschaftlichen Gebot der Ausfuhrkontrolle zwingend in Einklang zu bringen sind.

Aus der Vergangenheit lernen heißt: Die Beziehungen zu dem aufwärtsstrebenden Asien von vornherein zivil zu gestalten, bewußt auf militärische Komponenten zu verzichten. Konkret:

- keine Kriegswaffenexporte an Taiwan und Indonesien;

- keine Beihilfe zum Bau von Atombomben in Pakistan und Indien;
- keine Hilfestellung beim Bau von Produktionsanlagen für Maschinengewehre in Singapur und Süd-Korea;
- keine Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die Militärs in Vietnam und Kambodscha.

Die Erfahrungen mit dem Nahen Osten haben gelehrt, daß es ein trügerischer Gewinn ist, vom Aufrüstungsboom zu profitieren. Ich unterstelle: Die Bundesregierung hat dies mit bedacht. Zumindest scheint ein Hauch jener Erfahrung in die Konzeption der Asien-Politik mit eingeflossen zu sein, wenn von der "strikten Anwendung der deutschen Rüstungsexportkontrollmechanismen" die Rede ist. Die Bundesregierung führt aus, "der unkontrollierte Waffenhandel soll eingedämmt werden". Aber ich frage: Ist es nicht auch der kontrollierte Waffenhandel, der uns Sorgen bereitet?

Es ist nicht ohne Ironie, daß zeitgleich mit dem Asienkonzept, der Bericht der Bundesregierung zur Anpassung der europäischen Exportkontrollregelungen in der Postfächern der Abgeordneten landete. Hierzu muß sie einräumen, daß es aller Voraussicht nach keine einheitliche Rüstungsexportkontrolle in Europa geben wird - zumindest nicht auf unserem hohen Kontrollniveau. Die anderen bleiben stur.

Wenn man nun in dem Asienkonzept lesen kann, daß ein Ziel der Bundesregierung die "Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs" ist, also die Schaffung von gleichen Bedingungen im Wettbewerb, dann heißt das (ich interpretiere die letzten Äußerungen einiger Unionspolitiker) nicht mehr und nicht weniger, als daß endlich Schluß sein muß mit den unnötigen Behinderungen des Außenhandels. Somit scheint die Frage berechtigt: Kommt das Nein aus Brüssel für Sie nicht wie gerufen?

Und ich warne: Es wäre ein fataler Fehler, einen europäischen Notstand vorzutauschen, um die in Zeiten der Rezession fällig gewordene restriktive Rüstungsexportkontrolle über Bord zu werfen. Insbesondere unsere Asienpolitik muß nach Rabta und Irak den Beweis für unser Land liefern, daß wir es ernst meinen mit der Absage an den Rüstungsexport in sensitive Länder - auch in Zeiten wirtschaftlicher Engpässe und lockender Geschäfte mit Waffen für Taiwan, Indonesien und Korea.

Wir haben klare Gegenkonzepte: Ziel eines neuen Systems der Exportkontrolle - mit Blick auf den boomenden Markt in Asien - soll sein, daß eine Beteiligung der deutschen Industrie an Militärprogrammen in Asien ausgeschlossen wird. Dazu müssen wir die Ausfuhrkontrolle reformieren. Die Anwendung der Waren im Empfängerland muß Bestandteil der Kontrolle sein. Die Kontrolle der Waren bei der Ausfuhr allein hat - wie wir alle wissen - in der Vergangenheit nicht funktioniert.

Da ich diese Konzeption bereits in der Debatte zur Großen Anfrage der SPD-Fraktion zur Rüstungsexport-Kontrollpolitik eingehend erörtert habe, spare ich mir aus Zeitgründen die vollständige Erläuterung. Die positiven Reaktionen aus der Wirtschaft geben Hoffnung, daß es Unterstützung auch aus diesem Bereich für eine Alternative zur einfachen Strategie der Aufweichung der Rüstungsexportkontrolle gibt.

Japan als die Führungsmacht im asiatischen Raum ist ein deutliches Beispiel für eine Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb durch den bewußten Verzicht auf militärische Geschäftserfolge.

Investitionen der Industrie oder von Anlegern dürfen im Rüstungsbereich keine Aussicht auf Gewinne versprechen - auch nicht über verstärkte Rüstungsexporte. Dieses auch in der Vergangenheit wirksame Prinzip hat in Japan und wohl auch bei uns dazu geführt, daß die für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitalmittel immer stärker von dem zivilen Markt angezogen wurden. Das führte zu einer stabilen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit für den zivilen Weltmarkt und damit zu einem stetigen Handelsüberschuß.

Seriöse Untersuchungen belegen: Im internationalen Vergleich verhält sich die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt umgekehrt proportional zu Ihren Rüstungsaufwendungen. Daraus folgt: Ein Verzicht auf Rüstungsexporte ist vor allem ein Gebot wirtschaftspolitischer Vernunft. Kurzfristige Gewinne im Waffengeschäft implizieren die Gefahr, daß Finanzströme weggelockt werden von den Bereichen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt sichern.

Fazit: Die Märkte in Asien zeigen die größten Wachstumsprognosen. Wir sollten als eine der größten Handelsnationen der Welt unsere globalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Ziel ist die Schaffung einer gleichmäßigen, spannungsfreien und kontinuierlichen Entwicklung des gesamten asiatischen Raumes.

(-/6. Dezember 1993/rs/ks)

Die Sozialdaten schützen

Unser Staatswesen ist auf das Vertrauen der Bürger angewiesen

Von Hans Böttner MdB

Mitglied des Bundestage-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die SPD-Fraktion lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung von Vorschriften des Sozialgesetzbuches über den Schutz der Sozialdaten sowie zur Änderung anderer Vorschriften (Zweites Gesetz zur Änderung des Sozialgesetzbuches - 2. SGBÄndG) aus Gründen der Verfassungstreue und dem Respekt vor den Bürger- und Menschenrechten ab.

Dieses Gesetz widerspricht in weiten Teilen den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts, wie es sie im Volkszählungsgesetz 1983 zum Schutz personenbezogener Daten festgeschrieben hat. Es werden Behörden und Dienststellen vor der Einsichtnahme der Bürger in ihre eigenen Sozialdaten geschützt. Dabei ist eine der angegebenen Zielsetzungen des Gesetzes laut Deckblatt die Verstärkung der Rechte der Betroffenen durch erweiterte Auskunftsrechte, Lösungsrechte und ein verschuldungsunabhängiger Schadensersatzanspruch.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Es können Gesundheitsdaten gesammelt, aufbewahrt und verwendet werden, ohne daß der Betroffene auch nur die geringste Chance hat, jemals zu erfahren, wer, wann, was über ihn gespeichert hat. Das könnte beispielsweise einem Berufskraftfahrer passieren, dessen Lebertumor von den Behörden dauerhaft registriert wird, weil er Heizöl statt Diesel getankt hat. Darauf laufen die im Rechtsausschuß gegen die Stimmen der SPD von der Regierungskoalition durchgeboxten Änderungen in den Paragraphen 73 und 80 SGB X (zehn) hinaus.

Ebenso sind die verfassungsrechtlichen Gebote der Zweckbindung und Normenklarheit der Datenerfassung, zur Ermittlung und Kontrolle der Datenerfassung nicht erfüllt. Das schürt das Mißtrauen der Bürger gegen den Staat und zeugt andererseits von einem tiefen Mißtrauen dieser Regierung gegenüber den von ihr regierten Bürgern. Bemerkenswert ist dabei auch, daß die Bundesregierung in gemeinsamer Aktion mit Dänemark und England dabei ist, den Datenschutz auch auf europäischer Ebene zurückzunehmen.

Aufgrund der Stasiefahrung in den östlichen Bundesländern sollte unser Land zu einem engagierten Verfechter der Bürgerrechte werden - stattdessen hat diese Regierung den Vorschlag der EG-Kommission zu einem besseren Schutz der Gesundheitsdaten, sowie persönlicher Sozialdaten abgelehnt. Die Haltung der Koalition in dieser Frage ist deshalb nicht ungefährlich, da ein demokratisches Staatswesen auf das Vertrauen und die Zusammenarbeit seiner Bürger angewiesen ist.

(-/6. Dezember 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Für die Streichung des 13. Schuljahrs gibt es keine überzeugenden Argumente"

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB), die Kommission Bildung und Wissenschaft des SPD-Parteivorstandes sowie die bildungspolitischen SprecherInnen und Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und der Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen haben auf einer gemeinsamen Sitzung am 26. November in einer Resolution die Beibehaltung des 13. Schuljahres gefordert. Die Resolution im Wortlaut.

Bildungsreform und Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre haben dazu beigetragen, daß mehr junge Menschen die Chance zu weiterführender Bildung erhielten. Sozialdemokraten bewerten dies als einen großen Erfolg ihrer Bildungspolitik und halten an dieser Zielsetzung fest.

Auch in Zukunft wird für mehr Menschen mehr Bildung und Qualifizierung notwendig sein.

Deshalb können wir eine Reduzierung von Bildungschancen nicht akzeptieren. Eine Schulzeitverkürzung mit der Wirkung einer Verringerung der Übergänge in die gymnasiale Oberstufe, mit weniger Abiturienten und mit neuen Hürden vor den Hochschulen, lehnen wir ab.

In der Debatte der Zukunft muß es vertieft um Bildungsziele sowie um die Anforderungen an das Abitur und um die bessere Verbindung von beruflicher und allgemeiner Bildung gehen. Hinzukommen müssen verstärkte Anstrengungen um die bessere Organisation von Bildung, von Unterrichts- und Lernprozessen.

Die Deutsche Vereinigung erfordert vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Ausgangslage in den alten und neuen Ländern einen Prozeß der Annäherung und gegenseitigen Anerkennung auch im Bildungsbereich. Dabei geht es darum, einander nicht zu bevormunden, sondern einander zu vertrauen und die unterschiedlichen Erfahrungen zu nutzen. Deshalb sollte die Anerkennung des Abiturs nach zwölf Schuljahren, wie sie zur Zeit in vier neuen Ländern gilt, über das Jahr 2000 hinaus verlängert werden. Die in diesem Zeitraum gewonnenen Erfahrungen müssen ausgewertet werden. Danach muß erneut über die Dauer der Schulzeit bis zum Abitur entschieden werden. Für eine Streichung des 13. Schuljahres in den anderen Ländern gibt es gegenwärtig keine überzeugenden Argumente, weder bildungs-, finanzpolitisch oder europapolitisch.

Die Übereinkunft über die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse der Schularten und Bildungsgänge der Sekundarstufe I ist in der Kultusministerkonferenz entscheidungsreif. Es wird empfohlen, diese Übereinkunft zu verabschieden.

(-/6. Dezember 1993/rs/ks)
